**Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister**

Federführender Fachbereich Planung	Drucksachen-Nr. 477/2006					
<table border="1"> <tr> <td>☒</td> <td>Öffentlich</td> </tr> <tr> <td>☐</td> <td>Nichtöffentlich</td> </tr> </table>			☒	Öffentlich	☐	Nichtöffentlich
☒	Öffentlich					
☐	Nichtöffentlich					
Beschlussvorlage						
Beratungsfolge ▼	Sitzungsdatum	Art der Behandlung (Beratung, Entscheidung)				
Planungsausschuss	31.10.2006	Entscheidung				

Tagesordnungspunkt

Änderung Nr. 164/2162 - Feuerwache - des FNP
- Beschluss zur Aufstellung
- Verzicht auf frühzeitige Bürgerbeteiligung
- Beschluss zur öffentlichen Auslegung

Beschlussvorschlag:

@->

I. Gemäß § 2 in Verbindung mit § 5 des Baugesetzbuches ist die Änderung Nr. 164 / 2162 – Feuerwache – des Flächennutzungsplans aufzustellen.

Die Änderung umfasst im Wesentlichen das Gelände des Evangelischen Krankenhauses in Bergisch Gladbach.

II. Auf die Durchführung einer Bürgerbeteiligung gem. § 3 Abs. 1 Baugesetzbuch wird verzichtet.

III. Gemäß § 3 Abs. 2 des Baugesetzbuches ist die Änderung Nr. 164 / 2162 – Feuerwache – des Flächennutzungsplanes mit dem Erläuterungsbericht auf die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen.

<-@

Sachdarstellung / Begründung:

@->

Der Bebauungsplan Nr. 2162 – Feuerwache – ist seit dem 20.10.1995 rechtskräftig. Planungsanlass war unter anderem die Sicherung der städtebaulichen Ordnung im Bereich des Ev. Krankenhauses (EvK) in Verbindung mit erforderlichen Erweiterungsmaßnahmen (u.a. Parkhaus).

Die Krankenhäuser sind gezwungen, sich immer wieder auf veränderte Bedingungen im Gesundheitswesen anzupassen. Auch für das EvK entstehen daher immer wieder neue Bedarfe. Nachdem das Ev. Krankenhaus seinen Erweiterungsbedarf in den vergangenen zehn Jahren im Rahmen der Vorgaben des Bebauungsplans decken konnte, sind für die nahe Zukunft Planungen vorgesehen, die nicht mehr von den Festsetzungen des Bebauungsplanes abgedeckt werden.

Das Krankenhausgelände ist im Bebauungsplan als Gemeinbedarfsfläche festgesetzt mit der Zweckbestimmung „Gesundheitlichen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen“. In der Vergangenheit war dies eine für Krankenhäuser übliche und angemessene Festsetzung. Unter den oben geschilderten veränderten Vorzeichen im Gesundheitswesen kommt es jedoch zunehmend zu Konzentrationsprozessen. So bringt es die angestrebte Verzahnung von stationären und ambulanten Bereichen (Ärztehaus) mit sich, dass auch weitere Randnutzungen – wie z.B. eine Apotheke oder ein Sanitätshaus – angesiedelt werden sollen, die von der Festsetzung einer Gemeinbedarfsfläche nicht mehr gedeckt sind. Es ist daher beabsichtigt, im Bebauungsplan für das Krankenhaus ein Sondergebiet festzusetzen.

Die beabsichtigte Änderung des Bebauungsplans erfordert die Änderung Nr. 164 / 2162 – Feuerwache – des Flächennutzungsplans. Die für das Plangebiet dargestellten Flächen für Gemeinbedarf sollen durch die Darstellung einer Sonderbaufläche mit der Zweckbestimmung „Krankenhaus und andere gesundheitlichen Zwecken dienende Nutzungen“ ersetzt werden.

Die Berücksichtigung der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung gemäß § 1a Baugesetzbuch erfolgt im Zuge des parallel geführten Bebauungsplan-Änderungsverfahrens.

Die Flächennutzungsplanänderung ist den Zielen der Raumordnung angepasst und mit der Bezirksregierung abgestimmt.

Über die Grundzüge der Planung wurde die Öffentlichkeit bereits in der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung zum Bebauungsplanverfahren Nr. 2162 – Feuerwache – 2. Änderung unterrichtet (März 2006). Im Verfahren der Flächennutzungsplanänderung Nr. 164 / 2162 – Feuerwache – kann daher auf eine Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Abs. 1 BauGB verzichtet werden.

Eine unmaßstäbliche Verkleinerung der Planänderung ist der Vorlage beigelegt.

Anlagen

- Erläuterungsbericht gem. § 3 Abs. 2 BauGB
- Gegenüberstellung von derzeitiger F-Plan-Darstellung und beabsichtigter Änderung

**Begründung gem. § 3 Abs. 2 BauGB
zur Änderung**

**Nr. 164 / 2162 – Feuerwache -
des Flächennutzungsplans**

Der Bebauungsplan Nr. 2162 – Feuerwache – ist seit dem 20.10.1995 rechtskräftig. Planungsanlass war unter anderem die Sicherung der städtebaulichen Ordnung im Bereich des Ev. Krankenhauses (EvK) in Verbindung mit erforderlichen Erweiterungsmaßnahmen (u.a. Parkhaus).

Die Krankenhäuser sind gezwungen, sich immer wieder auf veränderte Bedingungen im Gesundheitswesen anzupassen. Auch für das EvK entstehen daher immer wieder neue Bedarfe. Nachdem das Ev. Krankenhaus seinen Erweiterungsbedarf in den vergangenen zehn Jahren im Rahmen der Vorgaben des Bebauungsplans decken konnte, sind für die nahe Zukunft Planungen vorgesehen, die nicht mehr von den Festsetzungen des Bebauungsplanes abgedeckt werden.

In den letzten Jahren ist das Evang. Krankenhaus kontinuierlich um- und ausgebaut worden. Allein in den vergangenen fünf Jahren wurden mit dem neuen Eingangsbereich, der psychiatrischen Abteilung und dem Parkhaus drei große Neubaumaßnahmen verwirklicht. Zurzeit ist man dabei, Operationsräume sowie Intensivbereiche verschiedener Fachdisziplinen zusammenzulegen und gemeinsam zu nutzen (Synergieeffekte). Auch stationäre Betten („Hotelkomponente“) werden konzentriert. Darüber hinaus sollen stationäre und niedergelassene Bereiche stärker verbunden werden. Aus diesem Grund möchte man auf dem EvK-Gelände kurzfristig ein Ärztehaus errichten mit direkter räumlicher Anbindung zum Funktionstrakt des Krankenhauses. Dieses jüngste Vorhaben war Anlass für die Verwaltung, eine Änderung des Bebauungsplans einzuleiten.

Das Krankenhausgelände ist im Bebauungsplan als Gemeinbedarfsfläche festgesetzt mit der Zweckbestimmung „Gesundheitlichen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen“. In der Vergangenheit war dies eine für Krankenhäuser übliche und angemessene Festsetzung. Unter den oben geschilderten veränderten Vorzeichen im Gesundheitswesen kommt es jedoch zunehmend zu Konzentrationsprozessen. So bringt es die angestrebte Verzahnung von stationären und ambulanten Bereichen (Ärztehaus) mit sich, dass auch weitere Randnutzungen – wie z.B. eine Apotheke oder ein Sanitätshaus – angesiedelt werden sollen, die von der Festsetzung einer Gemeinbedarfsfläche nicht mehr gedeckt sind. Es ist daher beabsichtigt, im Bebauungsplan für das Krankenhaus ein Sondergebiet festzusetzen.

Die beabsichtigte Änderung des Bebauungsplans erfordert die Änderung Nr. 164 / 2162 – Feuerwache – des Flächennutzungsplans. Die für das Plangebiet dargestellten Flächen für Gemeinbedarf sollen durch die Darstellung einer Sonderbaufläche mit der Zweckbestimmung „Krankenhaus und andere gesundheitlichen Zwecken dienende Nutzungen“ ersetzt werden.

Die Berücksichtigung der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung gemäß § 1a Baugesetzbuch erfolgt im Zuge des parallel geführten Bebauungsplan-Änderungsverfahrens.

Die Flächennutzungsplanänderung ist den Zielen der Raumordnung angepasst.

Die Änderung wirkt sich wie folgt auf die Flächenbilanz aus:

Sonderbauflächen	+ 2,53 ha
Flächen für den Gemeinbedarf	- 2,53 ha

Aufgestellt:
Bergisch Gladbach, 12.10.2006
In Vertretung

Stephan Schmickler
Erster Beigeordneter

<-@